Einzelnummer 1 K.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Abonnement monatl. K 7.— ½jährl. K 20.—

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Verbandszeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Juden im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Dienstag, 1. II. 1921.

23. Schebet 5681.

Keren Hajessod.

Der Keren Hajessod in Deutschland.

Die Leitung der Keren Hajessod-Aktion in Deutschland untersteht dem Geschäftsführenden Ausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, dessen Organ die Keren Hajessod-Leitung ist. Sie besteht aus neuen Mitgliedern.

Die Keren Hajessod-Leitung arbeitet mit dem deutschen Sekretariat des Keren Hajessod und bildet mit ihm zusammen die Zentrale für die deutsche Arbeit. Hier werden die Angelegenheiten der Propaganda und der Verwaltung des Keren Hajessod bearbeitet, unter letzteren insbesondere auch die Fragen, die sich auf die wirtschaftliche und rechtliche Struktur beziehen. Für die Bearbeitung der Zeichnungen und Zahlungen ist eine besondere Buchhaltungs- und Einziehungsabteilung eingerichtet. Sie stellt die eingehenden Zeichnungen und Zahlungen fest, bestätigt die Zeichnungen, sorgt für ordnungsmäßige Einziehung und für Bestätigung der eingehenden Zeichnungen. Sie ermittelt ferner die Spesen und trifft statistische Feststellungen.

Die auf die Zeichnungen und Zahlungen bezügliche Korrespondenz geht im Interesse der Geheimhaltung lediglich durch die Einziehungsabteilung. Sie wird unter Verschluß gehalten. Die Zeichner haben die Möglichkeit, Zeichnungsscheine in besonderen Umschlägen unmittelbar an den Vorsitzenden der Keren Hajessod-Leitung zu senden.

Bei der Zentrale besteht ferner das Preßbüro, das gemeinsam für die Abteilung für Zentraleuropa und für Deutschland arbeitet. Als beratendes Organ ist für die Keren Hajessod-Aktion von Bedeutung der vom Delegiertentag gewählte Finanzausschuß, der die wirtschaftlichen Fragen zu besprechen hat. Zur Besprechung einer Reihe weiterer Einzelfragen ist ein Unterausschuß für juristische und finanzpolitische Angelegenheiten gebildet worden. Ferner ist vor kurzem ein besonderer Ausschuß für wirtschaftliche Fragen mit dem Sitz in Hamburg und ein Ausschuß zur Beratung spezieller Fragen des Palästina-Aufbauwerkes in Berlin gebildet worden.

In den einzelnen Teilen Deutschlands wird die Arbeit von Sekretariaten geleitet, die

in Nürnberg (für Bayern und Württemberg)
in München (für die Stadt München)
in Berlin (für die Stadt Berlin)
in Königsberg (für Ostpreußen)
in Köln (für das besetzte Gebiet)
in Elberfeld (für Rechtsrheinland-Westfalen)
in Hamburg (für den nordwestdeutschen Gruppenverband)
in Leipzig (für Sachsen und Thüringen)
in Hannover (für die Stadt Hannover)

bestehen.

Die Einrichtung von Sekretariaten in Frankfurt a. M. (für den hessischen Bezirk) und in Breslau (für Oberschlesien) ist vorgesehen.

Für die Bezirke der Gruppenverbände sind zum Teil besondere Hajessod-Leitungen eingesetzt. Für die örtliche Arbeit werden in den Ortsgruppen Keren Hajessod-Leitungen bestellt, die zusammen mit den Bezirkssekretariaten und der Leitung des Gruppenverbandes arbeiten. Bisher sind an 60 Orten Keren Hajessod-Leitungen eingerichtet.

Für die Einrichtung einer Zentralkartothek aller Juden, die bei den einzelnen Sekretariaten geführt werden soll, sind die Vorarbeiten abgeschlossen. Sie dient zur Feststellung des zu bearbeitenden Materials und zur Ermittlung statistischer Angaben, die später bei der Zentrale zusammengefaßt werden. Als wichtigstes Hilfsmittel für die Propagandaarbeit kommt die freiwillige Dienstpflicht in Frage, welche im wesentlichen Kräfte für die Besuchspropaganda stellen soll.

Eine der Grundlagen des Keren Hajessod ist die für Zionisten festgelegte Maasserverpflichtung. Es erscheint notwendig, sie mit voller Deutlichkeit und in vollem Umfange zur Geltung zu bringen. Sie besitzt nicht nur eine moralische Bedeutung, sondern die bisherigen Ergebnisse berechtigen zu der Annahme, daß auch vom Standpunkt der finan-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Tschechische Juden und Zionisten.

Im „Rozvoj", dem Organ des Verbandes der tschechischen Juden, veröffentlicht am 21. Jänner Dr. Eduard Lederer einen interessanten Leitartikel unter der Ueberschrift „Assimilanten und Zionisten". Der Artikel lautet:

Es geschehen Zeichen und Wunder. Die Prager tschechischen Juden und die Zionisten einigten sich auf eine gemeinsame Aktion in Angelegenheit einer demokratischen Wahlordnung für die Prager jüdische Kultusgemeinde.

Die bisherigen Repräsentanten dieser Kultusgemeinde, hervorgegangen aus Wahlen nach der alten Ordnung, stellen sich der demokratischen Wahlordnung keineswegs entgegen und so darf man hoffen, daß die im Geiste der neuen Zeit ausgearbeitete neue Wahlordnung bald zur Tatsache wird. Kommt es, was außerordentlich erwünscht ist, auch mit den deutschen Juden zu einer Einigung, so würden sich die jüdischen Bürger von Groß-Prag ein unstreitiges Verdienst erwerben, denn sie würden durch gegenseitige Verträglichkeit zeigen, daß sie echte Demokraten sind, die für ihre Richtung Recht verlangen, es aber auch ihren Mitbürgern anderer Richtungen gönnen.

Diese gemeinsame Aktion der tschechischen Juden und der Zionisten gibt mir den Anlaß, über ihr gegenseitiges Verhältnis zu sprechen. Nichts ist bequemer als ein radikales Schlagwort hinauszuschreien und nichts undankbarer als zur Mäßigung zu raten. Es ist noch nicht so lange her, daß wir einander unversöhnlich gegenüberstanden.

Was den Standpunkt der tschechischen Assimilanten und der Zionisten angeht, so bleibt er in der nationalen Frage auch weiterhin unvereinbar, denn es handelt sich um zwei Weltanschauungen. Anders steht es, wenn wir die persönlichen Dispositionen betrachten, welche diesen oder jenen Juden in das eine oder das andere Lager geführt haben. Der nationale Gedanke ist eine Gefühlssache und das Gefühl ist bestimmt durch Familientradition, persönliche Erlebnisse und durch das Milieu. In dieser Richtung haben die besonnenen Assimilanten und Zionisten einen merklichen Fortschritt gemacht. Wir hören nicht mehr andauernd, sondern nur ausnahmsweise, die Vorwürfe wegen des Renegatentums der Assimilanten, ebenso wie man von unserer Seite aufgehört hat, den Zionisten vorzuwerfen, daß ihr nationales Bekenntnis eine Frucht der Zwiespältigkeit ist, die unter der Maske des Zionismus weiterhin das Deutschtum propagiert. Die Zionisten haben sich staatsrechtlich offen zu unserer Republik umorientiert. Wir sind nicht berechtigt sie zu beschuldigen, daß sie dies gezwungen taten. Haben sie ihre deutschen „Mitläufer", so haben auch wir ebensolche tschechische, die wir nur widerstrebend in unsere Organisationen aufnehmen.

So ist hoffentlich die Zeit nicht fern, wo wir alle, bei uns und bei den Zionisten, aufhören, F e i n d e zu sein, und bloß a u f r i c h t i g e G e g n e r überall dort bleiben, wo es um grundsätzliche Differenzen geht. Diesen Differenzen wird man gegebenenfalls nicht ausweichen dürfen.

Obwohl sich unsere tschechische Oeffentlichkeit häufig auf die Seite der Zionisten und gegen uns stellt, da sie über Judentum und Christentum und die nationale Frage niemals tiefer nachgedacht hat, ist doch die Stellung der Zionisten gegenüber den tschechoslowakischen Bürgern schwieriger als die unsere.

Wir, die wir keine christliche Instanz anerkennen, die unser Tschechentum wohlwollend bezeugen könnte, können den geraden Weg gehen. Anders die Zionisten. Von ihrem Standpunkt, von dem aus sie nur ihre jüdische Nationalität betonen, müssen sie gegenüber der nichtjüdischen Gesellschaft zu Kompromissen neigen. Sie erstreben zum Beispiel ihre eigenen Schulen, in Prag tschechische, in Brünn deutsche. Damit geben sie sich der Gefahr preis, daß ihnen von tschechischer Seite Zweideutigkeit vorgehalten wird. Es ist ihre Sache, sich mit der tschechischen Oeffentlichkeit ins Einvernehmen zu bringen.

Demgegenüber haben die Zionisten eine leichtere Stellung als wir innerhalb des Judentums unserer Republik, da sich ihr Bestreben nach Propaganda des national-jüdischen Gedankens nur an Juden wendet. Da sie vor allem Gewicht legen auf die Erhaltung jeglicher jüdischer Besonderheiten, in welchen sie die jüdische nationale Eigenart sehen, bemühen sie sich eifrig auch das religiöse Leben, um die Erhaltung des jüdischen Gottesdienstes in den hergebrachten Formen, und gewinnen damit auch jene für sich, welche an dieser Arbeit ein Interesse haben, das sind die Funktionäre der jüdischen Kultusgemeinden und die Orthodoxen.

Wir Assimilanten sind dem gegenüber in Gefahr, für gleichgültig gegenüber den Schmerzen der Kultusgemeinden und des religiösen Lebens gehalten zu werden, einerseits weil unser Hauptprogramm die systematische Propagierung des tschechoslowakischen Bewußtseins war, andererseits weil ziemlich viele unserer Anhänger aus der jüdischen Religion austraten, viele unter uns sind, die nicht religiös im kirchlichen Sinne fühlen — zu diesen zähle auch ich mich — und endlich die meisten von uns, die nicht nur nach der Matrik, sondern auch nach dem im konfessionellen Sinne geltend gemachten Glauben, Juden geblieben sind, sich doch um das Judentum nur wenig kümmern.

Geben wir zu, daß dies heute ein organisatorischer Fehler ist. Die Zionisten, das sei offen zugegeben, nötigen uns, uns in Zukunft auch mit speziell jüdischen Dingen zu befassen. Der Vorhalt liegt nahe, den die Zionisten aus diesem meinem Bekenntnis folgern könnten, daß ich ein erhöhtes Interesse für das jüdische Leben unseren Anhängern bloß aus der Befürchtung empfehle, daß uns die Zionisten unter den national unentschiedenen, aber noch jüdisch gläubigen Juden mit ihrer Propaganda überholen könnten. Ich fürchte mich nicht vor einem solchen Vorhalt, denn mein Appell richtet sich in unserem Lager nur an jene Anhänger, denen die jüdische Konfession noch etwas Lebendiges, der jüdische Gottesdienst etwas innerlich Nötiges ist, die es schwer empfinden, daß die jüdische Kultusgemeinde eingeht.

Was diese Kultusgemeinde anlangt, bedaure auch ich ihren Verfall und keineswegs im Sinne jenes Wortes von Voltaire: Ich selbst glaube zwar nichts, doch bin ich froh, daß mein Schneider an Gott glaubt, denn da bestiehlt er mich nicht. Ich bedaure den Verfall der jüdischen Kultusgemeinde deshalb, weil ich den religiösen Glauben für sittlicher halte als den nackten Atheismus, als den platten Indifferentismus, mit dem der geistlose Materialismus Hand in Hand geht.

Unsere Bewegung muß also nach der eben erwähnten Seite vervollkommnet werden. Der negative Standpunkt unserer Bewegung bezüglich des jüdischen religiösen Lebens genügt nicht mehr.

Jene von uns, die national bewußte Tschechen und dabei auch religiös gläubige Juden sind, müssen rein jüdische Dinge in ihre Hand nehmen, für den Schutz der Kultusgemeinde, für eine gerechte, sozial entsprechende Stellung ihrer Funktionäre, für die religiöse Erziehung ihrer Kinder arbeiten, wobei unseren übrigen Anhängern, welche das innere Bedürfnis nach all dem nicht fühlen, daraus kein Vorwurf gemacht werden soll. Seien wir untereinander nicht unduldsam und wir werden leicht auch den Weg zur Verträglichkeit mit anderen finden, welche national anders fühlen als wir, das heißt mit den Zionisten und nationalen Juden einerseits und mit den Deutschen, ob Juden oder Christen, andererseits.

*

Wir begrüßen dies in ihrer echt menschlichen Bemühung um das Verständnis auch des Gegners und in ihrer unerschrockenen Selbstkritik sympathischen Aeußerungen auf das wärmste. Auch wir sind überzeugt, daß es immer wieder besser wäre, die verbindenden Momente zu betonen als die trennenden und daß die Einsicht in die eigenen Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten zur gegenseitigen Duldsamkeit sehr viel beitragen kann. Es ist hier nicht der Ort, um breiter auseinanderzusetzen, welcher Widerspruch darin liegt, daß eine Bewegung, deren Ziel und Programm die Assimilation, das heißt die E n t j u d u n g, ist, daran gehen soll, m e h r J ü d i s c h e s in ihr Tätigkeitsgebiet aufzunehmen als bisher. Wir sind weit entfernt davon anzunehmen, daß diese Wandlung gewissermaßen aus der Besorgnis um die Konkurrenzfähigkeit mit der zionistischen Propaganda entspringe. Es ist viel natürlicher zu glauben, daß die programmäßige Ausschaltung jeder jüdischen Betätigung in Widerspruch zu eben doch noch vorhandenen jüdischen Neigungen und Interessen der tschechischen Juden steht und daß sie so von innen heraus einen Weg zu jüdischer Arbeit suchen. Es wird Aufgabe aller besonnenen Zionisten sein, denen mehr auf den Vorteil des Judentums auf ein fragwürdiges Prestige von unentwegtem Radikalismus ankommt, den tschechischen Juden in dieser Entwicklung entgegenzukommen und behilflich zu sein.

*

Zur Steuer der Wahrheit soll aber hier nicht erwähnt bleiben, daß dieselbe Nummer des „Rozvoj", die durch den besonnenen, klugen und ehrlichen Artikel Dr. Lederers eingeleitet ist, gleich danach ziemlich unbekümmert auf die Zionisten losschlägt, insbesondere in einem Bericht über die Wahl in die Kultusgemeinde Mähr.-Ostrau. Der Bericht enthält ein ziemlich eingehendes Referat über die große zionistische Wählerversammlung am Vorabend der Wahl, in dem es u. a. heißt: „In der Versammlung sprach der w ü t e n d e T s c h e c h e n f r e s s e r „Kulturpräsident" Finzi aus Troppau. Im Laufe seiner H e t z r e d e erwähnte er auch die tschechische Kandidatenliste, nannte die Juden tschechischer Nationalität eine Hydra, die der Zionismus mit allen Mitteln, koste es was es wolle, umbringen müsse; und als er öffentlich erklärte, es werde am besten sein, dieser Hydra den Kopf abzuhacken oder zu zerschlagen, erhob sich der anwesende Redakteur Himmelreich aus Schles.-Ostrau und zwang durch sein mannhaftes Auftreten den Redner, sein Referat plötzlich zu schließen. Nach ihm sprach der hiesige Oberstaatsbahnrat Herr Ing. Fried aus Privoz, der sich bestrebte, den Troppauer Kultuspräsidenten in G e m e i n h e i t e n und Angriffen zu übertreffen. Redakteur Himmelreich sagte unter anderem, wenn es unter den Juden ein a n t i r e p u b l i k a n i s c h e s E l e m e n t gebe, so seien es dies a l l e i n d i e Z i o n i s t e n, und die Zeit sei nicht fern, wo uns die Geschichte einen Beweis dafür bringen werde. Was die Absicht anlange, der verfluchten Hydra" den Kopf abzuschlagen, so hätten Himmelreich und seine Leute keine Angst, der tschechische Schädel sei hart genug, um auch dem Hiebe eines z i o n i s t i s c h e n F a n a t i k e r s zu widerstehen, wie es Herr „Kulturpräsident" Finzi aus Troppau sei. Er warne ihn aber im eigenen Interesse, es sich nicht einfallen zu lassen, in b l i n d e m F a n a t i s m u s solches zu versuchen."

*

Abgesehen von der Entstellung der wirklichen Vorgänge durch diesen Bericht (Herr Himmelreich, der ihn offenbar verfaßt hat, hat besonders seine eigene Rolle nachträglich stark aufgeputzt), möchten wir, um einer Legende entgegenzutreten, der klassischen Bildung des Herrn Himmelreich nachhelfen und ihn erinnern, daß er möglicherweise in seiner Jugend davon gehört hat, daß der griechische Held Herakles die Aufgabe hatte, ein Ungetüm, die lernäische Hydra, zu töten, die mit einer ganzen Anzahl von Köpfen ausgerüstet war, deren jeder, kaum abgeschlagen, wieder nachwuchs. Herr Finzi sprach in jener Versammlung von der H y d r a d e r A s s i m i l a t i o n, die ihren deutschen Kopf einigermaßen verloren, aber dafür einen tschechischen gewonnen habe. Er meinte, auch dieser Kopf müsse abgeschlagen werden. Herr Himmelreich war und ist im Irrtum, wenn er meint — diese Meinung kann in seiner Erwiderung in der Versammlung auch zum Ausdruck —, daß die Absicht von Herrn Finzi war, man müsse Herrn Himmelreich den Kopf einschlagen. Die im „Rozvoj" rühmend hervorgehobene Tatsache, daß der tschechische Schädel hart ist, hindert nicht daran, die Assimilation mit ihren wechselnden, teils harten, teils weichen jüdischen Köpfen unter dem Bilde der lernäischen Hydra zu symbolisieren. Es ist wohl nur auf Hartköpfigkeit zurückzuführen, wenn das Referat im „Rozvoj" Herrn Finzi, der von Tschechen überhaupt nicht, wohl aber gegen die tschechi-

Keren Hajessod.

(Fortsetzung von Seite 1).

ziellen Ertragsmöglichkeiten aus es richtig erscheint, die Maasser-Forderung im vollen Sinne zu verwirklichen. Die Durchführung des Maasser-Gedenkens wird es erforderlich machen, für die Zeichnungen die Möglichkeit einer Kontrolle durch eine oberste aus besonders vertrauenswürdigen Personen bestehende Instanz der deutschen Zionisten geschaffen wird. Diese Instanz soll das Recht erhalten, Einblick in die Zeichnungen zu nehmen, unangemessene Zeichnungen zurückzuweisen und Zinioisten, die sich nicht angemessen für Keren Hajessod besteuern, zum Ausscheiden aus der Organisation aufzufordern.

Für die Arbeit in Deutschland wurde ein Verein Palästina-Grundfonds Keren Hajessod E. V. gebildet, der beim Amtsgericht Charlottenburg in das Vereinsregister eingetragen ist.

Die Propaganda-Arbeit beschäftigte sich bisher hauptsächlich mit Zionisten. Die Arbeit unter den Zionisten in Deutschland wird einheitlich durchgeführt. Mit dem Misrachi ist hierüber eine Vereinbarung getroffen; er stellt seine Organisation in den Dienst der einheitlichen Keren Hajessod-Aktion. Auch der Hapoel Hazair hat sich für die einheitliche Aktion zur Verfügung gestellt. Hauptsächliches Mittel der Propaganda ist der Besuch jeder einzelnen Person, die zur Zeichnung veranlaßt werden soll. Diese Besuche werden durch geeignete Veranstaltungen (Mitgliederversammlungen, Vorträge in kleineren geschlossenen Zirkeln) vorbereitet. Die Arbeit wurde fast überall von den Zentralen angeregt und von den örtlichen Stellen weitergeführt. Von der Zentrale aus wurden besucht:

Köln, Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Dortmund, Karlsruhe, Oberschlesien, Chemitz, Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, Nürnberg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mannheim, Königsberg, Breslau.

Für die nächste Zeit sind in Aussicht genommen Besuche von Stettin, Freiburg i. Br., Halberstadt, Ostpreußen, einige sächsische Orte. Ferner sind besondere Ostjudenaktionen in Sachsen und Süddeutschland vorgesehen. Der Abschluß der Aktion unter den Zionisten wird noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Wenn die Aktion unter den Zionisten durchgeführt ist, wird man zunächst an die Kreise treten, bei denen, ohne daß sie der Organisation angehören, ein gewisses Wohlwollen und Verständnis für das Palästinawerk erwartet werden kann. (Hierher gehören vielfach auch organisierte Personen, deren Teilnahme am zionistischen Leben nicht sehr intensiv ist). Nach Abschluß der Aktion unter dieser zionistischfreundlich gestimmten Gruppe wird man an die ausgesprochen nichtzionistischen Kreise herantreten. Die Aktion unter den Nichtzionisten setzt voraus, daß über die Struktur des Keren Hajessod jeder Zweifel ausgeschlossen ist und die Legalisierung entweder erfolgt oder in bestimmter Zeit sicher zu erwarten ist, daß ferner ein erhebliches Ergebnis aus zionistischen Kreisen als Beispiel verwendet werden kann. Außerdem wird es notwendig sein, die Stimmung durch eine besondere Propaganda entsprechend vorzubereiten. Für die Vorbereitung der Aktion unter den Nichtzionisten ist eine Fühlungnahme mit den anderen Organisationen des deutschen Judentums und mit einzelnen führenden Personen notwendig. Diese Arbeiten sind in Angriff genommen.

Die gemeinsame Arbeit mit Nichtzionisten soll ihren organisatorischen Ausdruck in der Bildung der Keren Hajessod-Komitees finden, die für einzelne Orte und für bestimmte Interessenkreise einzurichten sind. Es wird Wert darauf gelegt werden, daß auch Komitees von solchen Gruppen zusammengestellt werden, die eine allgemeine im jüdischen Leben anerkannte Bedeutung besitzen. (Rabbiner-Komitees, Komitees von Gelehrten und Künstlern.)

Es liegen Teilergebnisse aus folgenden 64 Städten vor:

M. Gladbach, Saarbrücken, Dillingen, Hannover, Magdeburg, Breslau, Köln, Nürnberg, Chemnitz, Köthen, Karlsruhe, Königsberg, Berlin, Dresden, Halberstadt, Soberheim, Mannheim, Wiesbaden, Hamborn, Münster, Menach, Würzburg, München, Frankfurt a. M., Bochum, Bonn, Elberfeld, Erfurt, Essen, Eydtkuhnen, Bremen, Hamburg, Lübeck, Braunschweig, Freiburg, Göttingen, Dramburg, Düren, Gelsenkirchen, Gleiwitz, Gotha, Hagen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hindenburg, Hörde, Jülich, Kattowitz, Kronberg, Leipzig, Neunahrn, Oppeln, Perleberg, Plauen, Ratibor, Rees, Rostock, Solingen, Stuttgart, Unna, Mannn, Worms, Zwickau.

---

sche Assimilation ebenso wie gegen die deutsche Assimilation sprach, kurzerhand als „Tschechenfresser" charakterisiert. Das soll wohl dazu beitragen, Eintracht und Harmonie mit dem tschechischen Volk herzustellen, was Herr Himmelreich laut dem „Rozvoj" für die Aufgabe der tschechischen Juden in der israelitischen Kultusgemeinde hält. In der Versammlung selbst hat er das allerdings nicht gesagt.

Eine prinzipielle Erwägung.

Zur bevorstehenden Volkszählung.

Volkszählungen bilden eines der wichtigsten Mittel der Gesellschaftswissenschaft. Vorgänge, die in großen Zeiträumen allen offenbar werden, sind dem Gelehrten schon im Keim merklich, wenn er die Ergebnisse der Volkszählung durchforscht und durch Mitteilung seiner Forschungsresultate kann er ganze Völker, Klassen, Berufs- oder sonstige Gruppen über die in ihnen wirksamen Entwicklungstendenzen belehren. Nationale Umschichtungen, Berufsumgruppierungen, innere Wanderung vom Lande zur Stadt und umgekehrt, Wandlungen im Aufbau der Bevölkerung nach Alter oder Geschlecht — alles spiegelt sich getreulich im Ergebnis der Zählung ab. Demgemäß gibt es für eine richtig durchgeführte Volkszählung zwei unerläßliche Voraussetzungen: eine richtige Aufnahme aller wesentlichen Daten und eine sorgfältige, streng wissenschaftliche Verarbeitung des Zählungs-Rohmaterials.

Die Zählung muß voraussetzungslos, wie jede echt wissenschaftliche Arbeit, ohne vorgefaßte Absichten und frei von Zwecken des Alltages durchgeführt werden. Wider trägt die jetzt bevorstehende Volkszählung in unserer Republik nicht diesen Charakter wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit, vielmehr läßt die Regierung und ihre Organe deutlich erkennen, daß sie eine Beeinflußung der Zählung in einer ganz bestimmten Richtung nicht ungern sehen würden. Andererseits hat sie offen angekündigt, daß sie aus dem Ergebnis der Volkszählung ganz bestimmte und sehr konkrete Folgerungen zu ziehen gedenkt, Folgerungen nationalpolitischer Natur.

Diese Folgerungen liegen auf dem Gebiete des Sprachenrechts, wie es durch das berüchtigte Sprachengesetz statuiert wird. Dort wird bestimmt, daß Bezirke als gemischtsprachig anzusehen sind, wo mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung einer sprachlichen Minorität angehören. Nun zeigt sich die sonderbare Tatsache, daß bei der Volkszählung überhaupt nicht nach der Sprache, sondern bloß nach der Nationalität gefragt wird, so daß das Zahlenverhältnis der sprachlichen Gruppen gar nicht festgestellt werden kann. Denn keineswegs fällt Nationalität immer mit Sprache zusammen. In einem Falle haben die beiden Kategorien gar nichts miteinander zu tun: im Falle der nationalen Juden. Sie sprechen teils tschechisch, teils deutsch, teils slowakisch, teils magyarisch, als Muttersprache und aus den Volkszählungsbogen wird nicht ersichtlich sein, welcher sprachlichen Gruppe sie angehören.

Auf die Schädigung, die es bedeuten würde, wenn infolge dieser Volkszählungsmethode der eine oder andere Bezirk seinen gemischtsprachigen Charakter verliert, wird besonders von deutscher Seite in letzter Zeit oft hingewiesen; dabei wird die Schädigung meist übertrieben. Es sei darum festgestellt, daß das Gesetz keine Handhabe bietet, aus dem Ergebnis der Volkszählung Folgerungen für das Schulwesen zu ziehen. Das Schulgesetz sieht vor, daß bei einer Mindestzahl von 40 schulpflichtigen Kindern einer nationalen Minderheit an einem Orte eine Schule in der Sprache dieser nationalen Minderheit aus Staatsmitteln zu errichten ist. Ob der Bezirk oder Ort im Sinne des Sprachengesetzes „gemischtsprachig" ist, das heißt, ob die Minderheit zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung erreicht, ist gleichgültig. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß die Unterrichtsverwaltung trotzdem und entgegen dem Gesetze Minoritätsschulen auf Grund des Volkszählungsergebnisses schließt. Gegen Gesetzwidrigkeiten sind wir augenblicklich recht machtlos; sie können auch begangen werden, wenn bei der Volkszählung die zwanzig Prozent erreicht sind. Gesetzlich dagegen würde uns ein Nachteil erwachsen auf dem Gebiete des Sprachengebrauchs bei Behörden. Die Juden, die nationaljüdisch fühlen und magyarisch oder deutsch sprechen, haben zweifellos ein starkes Interesse daran, daß sie den Behörden magyarische oder deutsche Eingaben überreichen und ebensolche Erledigungen erhalten können. Gewiß werden die ziemlich rasch tschechisch oder slowakisch lernen; aber der Staat und das Gesetz sind nicht da, um den Staatsbürger zur Erlernung einer Sprache zu zwingen, sondern um ihn in seiner Eigenart — soferne sie nicht gesetzwidrig ist — zu schützen. Man kann sagen, daß die Entwicklung der Dinge dazu führen wird, daß eine Minderheit, die etwa durch Zuzählung der ihre Sprache sprechenden Juden die zwanzig Prozent erreicht, sie in weiteren zehn Jahren sicher nicht mehr erreichen wird, daß also die Juden der „Staatsnation" gegenüber ein Odium auf sich nehmen würden, um der Minderheit doch nur vorübergehend zu nützen. Das ist richtig; aber darum, weil eine berechtigte Forderung nur vorübergehend geltend gemacht werden kann, ist sie doch in dieser Zeit nicht minder berechtigt.

Viel stärker ist unser Protest dagegen, daß uns die Handlungsweise der Regierung zwingt, ihrer Vergewaltigungspolitik gegen die Minderheiten als Vorspann zu dienen. Diese Politik richtet sich in erster Linie gegen die Deutschen und Magyaren, dann aber ebenso auch gegen uns. Wir haben wahrhaftig den Deutschen und den Magyaren wenig Dank zu sagen und gerade wir Zionisten haben zur Zeit, als sie die Majorität waren, als sie den Staat trugen, den schärfsten Kampf gegen sie führen müssen. Das darf uns aber heute nicht bestimmen, unsere Haltung vom Wohlgefallen der tschechischen Staatsnation abhängig zu machen. Die besten Elemente unter den Tschechen selbst empören sich über die unsittliche Minoritätenpolitik der Erdrosselung, die die tschechische Nationalversammlung vor und nach den Wahlen übt. Und dieselbe Politik wird auch den Juden gegenüber getrieben. Wenn es der Regierung paßt, anerkennt sie unsere Nationalität — wie jetzt bei der Volkszählung, womit sie die anderen Minderheiten zu schwächen glaubt. Wo sie aber kein Interesse daran hat oder gar Zugeständnisse mit Kostenaufwand verwirklichen soll, kennt sie uns nicht. Man hat uns als eigene Minderheit anerkannt — aber nach den Wahlen rangierten die „Vereinigten jüdischen Parteien" in einem Großteil der tschechischen Presse unter den Deutschen. Man wünschte, daß wir den Deutschen und Magyaren unsere Stimmen entziehen; aber man oktroyierte ein so ausgetüfteltes Wahlgesetz, daß unsere 80.000 Wähler keine Vertretung bekamen. Man arrangierte eine Zählung der Kinder in allen Schulen nach Nationalitäten, aber im offiziellen Ausweis kam die Rubrik „Jüdisch" nicht vor. Die jüdischen Kinder wurden kurzerhand anderen Nationen zugeschlagen. Stärker aber als jeder andere Beweis ist das Verhalten der Regierung in der Frage der jüdischen Schule. Die jüdische Nationalität ist anerkannt, der Schutz aller ethnischen Minderheiten in der Verfassung gewährleistet und doch hat es unendliche Mühe gekostet, die Bewilligung zu erhalten, in jüdischen Großgemeinden wie Prag und Brünn jüdische Volsschulen zu eröffnen. Um die Erteilung des Oeffentlichkeitsrechtes an diesen Schulen wird noch immer gekämpft und die Bitte, die Regierung möge diese Schulen aus Staatsmitteln erhalten — wozu sie nach dem Gesetz über den Minoritätenschutz verpflichtet wäre — wagte man, so scheint es, bisher gar nicht vorzubringen. Wir sollen froh sein, daß man uns erlaubt, für die Erhaltung fremder Schulen Steuern zu zahlen, daneben aber unsere eigenen durch besondere naterielle Anstrengung zu erhalten. Das ist die Haltung dieser Regierung gegenüber den Juden als technischer Minderheit — wir haben uns peinlich bemüht, keine Handlung gegenüber Juden als Einzelnen, keine Duldung oder Vorschubleistung des Antisemitismus, keinen der Fälle himmelschreienden Unrechts gegen Juden, vor allem in der Slowakei, in diesem Zusammenhange heranzuziehen.

Das alles hätte man der Regierung sagen müssen und muß es ihr noch heute sagen. Wir werden nicht aufhören, für die Durchsetzung unseres vollen Rechtes als Minderheit zu kämpfen. Wir werden diese Politik nicht stillschweigend hinnehmen. Bei der bevorstehenden Volkszählung werden wir, wie es selbstverständlich ist und unserer jahrzehntelang verfochtenen Gesinnung entspricht, die Rubrik „Nationalität" mit „Jüdisch" ausfüllen; nicht aus Entgegenkommen gegenüber der Regierung, sondern um durch das Gewicht unserer Zahl mit umso größerem Nachdruck die Minoritätsrechte geltend machen zu können. Darum haben wir bei den Wahlen jüdisch gewählt, darum müssen wir, wollen wir überhaupt ernst genommen werden, an dieser geradlinigen, einzig möglichen Politik festhalten. Es wäre unnatürlich und ein schwer gutzumachender Fehler, aus Opportunitätsgründen und Furcht vor momentanen Unannehmlichkeiten, um eines scheinbaren und höchstens nur vorübergehenden Vorteiles willen durch das falsche Bekenntnis zu einer anderen als der jüdischen Nation die politische Stellung und Geltung der Juden im Staate zu gefährden und für alle Zukunft, die uns verfassungsrechtlich zustehenden Minoritätsrechte zu untergraben.

Christen und Palästina.

Die „Reichspost" meldet: Eine diplomatische Persönlichkeit, die dieser Tage aus Rom in London eingetroffen ist, äußerte sich dem Korrespondenten des Washingtoner „National Catholic Wolfare Council" über die Lage im Heiligen Lande: Der päpstliche Unterstaatssekretär Erzbischof Ceretti habe ihm, dem Diplomaten, gegenüber geäußert, er fühle sich jetzt bezüglich der Lage in Palästina wesentlich beruhigter und wenn auch nicht alle Gefahr vorüber sei, so werde heute doch die Frage besser verstanden als vor sechs Monaten. Die Zionisten hatten auf die Erklärung Balfours in Bezug auf Palästina große Hoffnungen gesetzt. Sie sahen darin eine Bürgschaft für die Durchsetzung ihrer politischen Pläne bezüglich Palästinas. Doch es ist bereits zur Kenntnis gebracht worden, daß die bevorstehende Interpretation, die England an Stelle jener Erklärung setzen well, weit davon entfernt sein soll, den Zionisten jene politische Herrschaft zuzugestehen, auf die sie hoffen. Tatsächlich ist das europäische Judentum über die Entwicklung verstimmt? Dr. Max Nordau spricht diese Enttäuschung offen aus. Er und seine Gesinnungsgenossen lamen i ren über die Antisemiten, die jede Anstrengung machten, die Balfoursche Erklärung immer mehr abzubröckeln. Dem ist gegenüberzuhalten, daß die hervorragenden Kirchenfürsten, die Kardinäle Bourne, Dubois und Giustini innerhalb der letzten drei Jahre in längeren Reisen Palästina besuchen und aus dem Stadium der tatsächlichen Verhältnisse sich überzeugten, wie sehr die katholischen Interessen durch die zionistischen Aspirationen berührt seien. Alle drei Kardinäle, von verschiedenen nationalen Standpunkten ausgehend, kamen zu dem Schlusse, daß die Pläne der politischen Zionisten den Keim einer Bedrohung für die Christenheit in Palästina enthalten. Kardinal Bourne zeigte nach seiner Reise vor dem Liverpooler Katholikentag deutlich, wie nach seinen eigenen Eindrücken und den Urteilen anderer, auch britischer Beamter in Palästina, daß der Zionismus sich als Wächter des Heiligen Landes aufwerfen wolle, wenn nicht als die tatsächliche Gewalt, was schließlich dieser Organisation die Kontrolle über das Land, sowohl wirtschaftlich als politisch, geben würde. — Dr. Nordau glaubt nun noch zwei Auskunftsmittel für den Zionismus zu besitzen, die Ueberschwemmung Palästinas mit jüdischen Einwanderern und den Appell an den Völkerbund. Das erste, sagt der Diplomat, widerspricht absolut den Versprechen des britischen High Commissioner in Palästina, nur eine solche Zuwanderung zuzulassen, die aufgesaugt werden könne, und der Appell an den Völkerbund ist uns ganz willkommen, da der Völkerbund bereits eine Spezialkommission zur Beurteilung der religiösen Fragen in Palästina eingesetzt hat, von der die unveräußerlichen Rechte der christlichen Kirchen werden geachtet werden müssen. „Die Angelegenheit", schließt die Erklärung, „ist jedoch noch nicht ganz erledigt. Die Zionisten besitzen Macht, sie haben eine Organisation, die fast so stark ist wie die staatliche Organisation Englands, und sie haben hinter sich die Mächte der internationalen Hochfinanz."

*

Prof. Alois Musil, dessen Ausführungen wir in Nr. 5 unseres Blattes veröffentlichen konnten hat nun in der „Reichspost" Nachahmer gefunden.

Plenarsitzung der jüdischen Delegation 2. und 3. Tag.

Zu Beginn der zweiten Sitzung erstattete der Generalsekretär Motzkin einen Bericht über die Tätigkeit des Komitees im letztem Halbjahre. Der Bericht stellt fest, daß im Verlaufe dieser Zeit eine auf 10 Länder bezughabende politisch-diplomatische Aktion vom Komitee unternommen worden ist. Das Komitee ist ein Zentrum geworden, wo alles, was die Lage der Juden in allen Weltteilen betrifft zusammenläuft, und wohin schutzbedürftige Juden, sich wenden. Dabei vertrete das Komitee den Standpunkt, daß nur das für die jüdische Bevölkerung gemacht werden darf, was sie selbst verlangt. Das Komitee beschäftige sich nicht mit Bevormundungen, sondern unterstütze den gerechten Kampf der jüdischen Massen um ihr Recht. H. Motzkin wies auf die Notwendigkeit einer Reorganisierung des Komitees hin. Das Komitee sei auf den Prinzip der Verbindung mit der jüdischen Massen in den Ländern wo sie wohnen, aufgebaut, und diese Verbindung müsse jetzt gestärkt werden. Der Vorsitzende des Komitees H. Nahum Sokolow gibt eine Uebersicht über die reiche politisch-diplomatische Tätigkeit des Komitees und die Leistungen derselben. — Ebenso richtig wie die Tätigkeit des Komitees — schloß Sokolow, — ist die Idee — desselben als einer demokratischen Repräsentanz des jüdischen Volkes. Diese Idee hatte seit dem Momente ihrer Entstehung viele Gegner, viele hatten Angst vor ihr. Es ist aber dasselbe geschehen, was mit dem amerikanisch-jüdischen Kongreß. Auch er mußte eine starke Gegnerschaft und viele Zweifel überwinden. Aber der Drang der nationalen Organisationen zur aktiven Teilnahme am Kampfe um die jüdischen Interessen und das jüdische Recht, das Bedürfnis einer wahren, demokratischen Volksrepräsentanz haben alle Hindernisse überwunden und beide brüderlichen Organisationen, das Komitee der jüdischen Delegationen und der amerikanisch-jüdische Kongreß, existieren und sind tätig." — H. Sokolow gab ferner eine längere Darstellung über die Lage der Juden in Ungarn und schlug konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhange vor.

Die Konferenz nahm einen genauen Bericht über die von Balachowitsch veranstalteten Pogrome, seine persönlichen Beziehungen zu diesen Pogromen und die Haltung Savinkows ihnen gegenüber entgegen. H. Kindes verlangt, daß das Komitee sich an den Völkerbund mit der Forderung wende, Gen. Balachowitsch, als Hauptorganisator der jüngsten Pogrome in Weißrußland den Gerichten zu übergeben, ähnlich wie das Komitee

dem Völkerbunde eine Liste der Denikinischen ukrainischen Generäle unterbreitet hat, die für Anteil an Judenpogromen den Gerichten ausgeliefert werden sollen. Dieser Vorschlag wird dem Bureau des Komitees zugewiesen.

H. Itzkowitz erstatte einen interessanten Bericht über die Lage der kaukasischen Juden, der bisher unbekannte Einzelheiten über das Leben der Juden auf dem Kaukasus enthielt.

Das kaukasische Judentum besteht aus drei Teilen: den Bergjuden, die im Dagostan und Esserbejdschan wohnen zirka 60.000 Seelen) die grusinischen Juden, die im Grusien wohnen, (40.000—50.000 Seelen) und die europäischen (russischen) Juden, die hauptsächlich in Baku und Tiflis wohnen und die Zahl von zirka 30.000 Seelen erreichen. Sehr viel haben während des Krieges die Bergjuden gelitten, denen die Tscherkessen das von ihnen durch 100 Jahre bearbeitete Land wegnahmen. Gleichzeitig sind sie aus den Dörfern vertrieben worden. Ungeachtet des alten, traditionellen friedlichen Zusammenlebens mit der mohammedanischen Bevölkerung sind auch einige Pogrome vorgekommen, die die jüdische Bevölkerung vollständig zu Grunde richtete. Besser war die Lage der grusinischen und europäischen Juden. Letztere haben eine rege nationale Tätigkeit entwickelt und organisierten Gemeinden und Nationalräte. — H. Hans Kohn berichtete über die Lage der Juden in der Tschechoslowakei, wo die Regierung ihre Sympathie mit der jüdischen Bevölkerung beweist, deren gerechte nationale Forderungen sie befriedigt. Die Regierung stehe fest auf dem Boden der jüdischen Gleichberechtigung und jüdisch-nationaler Rechte. Was dagegen die Slowakei betrifft, sei leider das Verhältnis der Verwaltungsbehörden gegenüber den Juden und deren ökonomischen Lage nicht günstig.

Inland.

Konstituierung des Prager Joint.

Am 11. November fand im Festsaale des Jüdischen Rathauses die Konstituierung der Sektion Prag des Joint Distribution Committees unter dem Vorsitze des Herrn Robert Fuchs-Robettin und in Gegenwart des Regionaldirektors für die Tschechoslowakei, Herrn Leon Wechsler, statt. Direktor Wechsler ging auf die Geschichte des American Joint Distribution Committee ein, das seit seiner Begründung zu Beginn des Krieges über 40 Millionen Dollar nach Europa geschickt hat, die von den amerikanischen Juden für ihre Brüder in den notleidenden Staaten gespendet wurden. Während des Krieges mußte die Verteilung der Gelder durch die bestehenden Wohlfahrtsorganisationen vorgenommen werden; so bald sich jedoch die Möglichkeit ergab, bemühte sich das Joint Distribution Committee, direkt mit den Notleidenden in Verbindung zu treten, die Notwendigkeit selbst zu erfassen, um auf Grund derselben die Hilfsmöglichkeit festzustellen. Zu diesem Zwecke sandte es Vertreter aus Amerika, die in den wichtigsten Zentren der hilfsbedürftigen Länder lokale Komitees gründeten, in denen sämtliche Kreise der Judenschaft vertreten sind. Es gibt kein Gebiet der sozialen Hilfstätigkeit, auf dem nicht das Joint Distribution Committee Ungeheueres geleistet hätte. So hat es z. B. in der Frage der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Sibirien die Initiative ergriffen und auf seine Anregung haben einige große amerikanische Hilfsorganisationen die Mittel aufgebracht, um die Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu befördern. Natürlich stand das Joint Distribution Committee selbst an erster Stelle. Eine der wichtigsten Aufgaben, die sich das J. D. C. gestellt hat, ist die Sorge für die unterernährte Kinder und Waisen. Für letztere wurde ein neuer Plan ausgearbeitet, der darin besteht, daß Familien in Amerika für das Schicksal von Waisenkindern in Europa, hauptsächlich Osteuropa, interessiert werden und die Kosten der Erziehung eines bestimmten Kindes, dessen genaues Schicksal ihr bekanntgegeben wird, von einer Familie getragen wird. Bis jetzt waren auch die direkte Flüchtlings- und Krankenunterstützung, zwei der wichtigsten Probleme des J. D. C. Nun wurde jedoch der Beschluß gefaßt, Mitte 1921 die direkten Unterstützungen auf das Allernotwendigste zu reduzieren und das Hauptaugenmerk der Aufbauarbeit zuzuwenden.

Die Tschechoslowakei hat in der Zeit vom März 1919 bis Juli 1920 ungefähr vier Millionen erhalten. Von August bis Ende Dezember 1920 wurde dem Gebiete von Böhmen, Mähren und Schlesien, eine weitere Million überwiesen, während die Slowakei und Karpathorußland einer eigenen Verwaltung übergeben wurde, die einerseits für Kriegsopfer aus den Gebieten der Tschechoslowakei selbst, also Kriegswitwen, Kriegswaisen, Kriegsinvalide und unterernährte Kinder anderseits für die aus dem Osten kommenden Hilfesuchenden verwendet wurden. Letztere sind die schon zu Beginn des Krieges aus dem Osten der österreichischen Monarchie gekommenen Kriegsflüchtlinge, ferner die Studenten. Bezüglich der letzteren muß einer allgemein verbreiteten Ansicht entgegengetreten werden, als ob eine Ueberproduktion an jüdischer Intelligenz bestehe. Der Krieg hat solche Opfer namentlich aus den Schichten der jüdischen Intelligenz im Osten gefordert, das neue Kräfte dringend zum Aufbau des Lebens gebraucht werden. Wenn wir der Judenschaft helfen wollen, so ist es vor allem unsere Pflicht, ihnen Aerzte, Lehrer, Ingenieure zu geben.

Es ist die Absicht der Jointleitung, die Fürsorgetätigkeit gemeinsam mit den lokalen Organisationen so auszubauen, daß letztere sie dann, wenn die Hilfe aus Amerika versiegen wird, allein weiterführen können. Herr Robert Fuchs-Robettin wird zum Präsidenten, die Herren Oberpostrat Dr. Wiesmeyer, Dr. Ludwig Singer, Richard Kohn und Hugo Waldstein zu Vizepräsidenten der Sektion Prag gewählt. Es werden Kommissionen eingesetzt für Studentenfürsorge, Kinderfürsorge, Invalide, Kriegswitwen und Kriegswaisen, für Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und durchreisende Flüchtlinge.

Der Präsident Herr Fuchs-Robettin ersucht Herrn Direktor Wechsler den amerikanischen Juden den Dank der hiesigen Judenschaft für ihre bisher geleistete großherzige Hilfe zu übermitteln.

Deutschland.

Der amerikanische Botschafter für Deutschland.

(J. C. B.) Der ehemalige Botschafter Oskar Straus stattete dem Präsidenten Harding einen Bericht ab, der sich in eine längere politische Konferenz verwandelte. Es verlautet, daß Mr. Straus dem Präsidenten den Wunsch der amerikanischen Judenheit unterbreitete für die bevorstehende Bestimmung des Gesandten nach Deutschland einen jüdischen Diplomaten in Aussicht zu nehmen. Dieser Wunsch erscheint umso begründeter, als auch die amerikanische Regierung gewillt ist, auf den wachsenden Antisemitismus in Deutschland mildernd einzuwirken.

Sch. J. Hurwitz in Berlin.

(J. C. B.) Der bekannte hebräische Schriftsteller Sch. J. Hurwitz, der seit dem Jahre 1914 in Rußland lebte, wo er in Charkow Vorlesungen über die jüdische Religionsphilosophie des Mittelalters hielt, ist kürzlich aus Petersburg in Berlin eingetroffen. Hurwitz gab vor dem Kriege in Berlin die hebräische Zeitschrift „Heatid“ heraus.

Kultusgemeindewahlen in Frankfurt am Main.

(J. C. B.) Die nächst Berlin größte jüdische Gemeinde Deutschlands, Frankfurt a. M., hat ihr Wahlrecht in vorbildlicher Weise demokratisiert. Nach dem neuen Statut haben Männer, Frauen und Ausländer das gleiche aktive und passive Wahlrecht. Es findet Verhältniswahl statt. Die erste Wahl nach dem neuen Statut ging ohne jeden Wahlkampf von statten, da alle Parteien sich über die Verteilung der Mandate geeinigt hatten.

Ungarn.

Juden erhalten kein Telephon.

„Az Üzlet“, eine Zuschrift der Budapester Firma „Chemische Industriewerke“, meldet, daß in Czegled die dortigen jüdischen Kaufleute keinen interurbanen Telephonanschluß bekommen, und war mit der Begründung, daß sie allersamt ohne Ausnahme politisch unverläßlich seien. Die Firma beklagt dies einerseits, weil dieses Vorgehen besonders der Budapester Kaufmannschaft großen materiellen Schaden zufügt; das Empörendste sei die Tatsache, daß offenbar unverantwortliche Individuen durch solche, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Handlungsweise das ohnehin schon zerrüttete wirtschaftliche Leben völlig lahmlegen. Die Firma fordert von der Regierung Abhilfe. Die Budapester Chemischen Industriewerke haben gut fordern. Aber Graf Teleki wird, wenn er von dieser Forderung überhaupt Kenntnis erhält, wieder den Unschuldigen spielen und erklären, daß ihm hievon nichts bekannt sei, und alles wird beim Alten bleiben. Uebrigens empfehlen wir die Beschwerde der Budapester Firma auch der Wiener Technischen Union zur Beurteilung der Folgen, die aus derartigen Eigenmächtigkeiten entstehen. In Wien will man so die Zensur für die Bekämpfung des Schiebertums einführen.

Heldentaten weißer Offiziere.

Bei der Budapester Staatspolizei werden seit Monaten Erhebungen in einer großangelegten Erpressungsaffäre geführt. Die tschechoslowakische Regierung hat im Juni vorigen Jahres den Preßburger Kaufmann Samuel Lauffer bevollmächtigt, wegen Abschlusses einer größeren Kompensationswarenlieferung mit der ungarischen Regierung Unterhandlungen zu pflegen. In Budapest wurde Lauffer, der die Reise in seinem eigenen Auto gemacht hatte, von weißen Offizieren überfallen, welche sein Auto beschlagnahmten. Nach diesem peinlichen Abenteuer unterbrach Lauffer die Verhandlungen und fuhr nach Preßburg zurück. Unterwegs beklagte sich Lauffer vor einigen Bekannten über die ihm zugefügte Unbill und sagte unter anderem: „Solange es in Ungarn möglich ist, daß weiße Offiziere jemanden auf offener Straße überfallen und ihn ungestraft berauben, kann von einer Konsolidierung in Ungarn nicht gesprochen werden“. Diese Aeußerung hörte auch ein auf demselben Schiffe reisender Oberleutnant, der sich anschickte, Lauffer zu verhaften. Nur über Einschreiten des Grafen Aladar Bethlen, der Lauffer schon von früher her kennt, und auf dessen Bürgschaft unterblieb die Verhaftung Lauffers. Dieser hütete sich natürlich seit jener Zeit, wieder nach Budapest zu fahren. Hingegen meldete sich vor einiger Zeit ein Offizier der Nationalarmee bei dem Budapester Advokaten Lauffers, Dr. Julius Salusinski, und teilte mit, daß gegen Lauffer ein Verfahren wegen Vaterlandsverrat im Zuge sei, doch wäre es möglich, die Angelegenheit gegen Erlag einer Million Kronen aus der Welt zu schaffen. Da Salusinski ablehnte, auf den Handel einzugehen, brachte der Offizier nach einigen Tagen dem Advokaten ein vom Geheimagenten Szentpeteri mit Lauffer aufgenommenes Protokoll mit dem Bemerken, daß dieses Protokoll bei Erlag der Million Kronen sofort vernichtet, im Weigerungsfalle jedoch weitergeleitet würde. Der Advokat erstattete hierauf die Anzeige bei der Oberstadthauptmannschaft und verlangte, daß gegen seinen Klienten Lauffer das Verfahren wegen Hochverrates zu Ende geführt werde. Bei der Oberstadthauptmannschaft wurde nun festgestellt, daß das bezeichnete Protokoll erst vier Tage nach dem letzten Erpressungsversuch des Offiziers bei dem Advokaten aufgenommen und mit dem Nachtrag geziert worden war, daß Lauffer den Agenten Szentpeteri mit einer Million Kronen bestechen wollte, damit er den Akt verschwinden lasse. Die Oberstadthauptmannschaft gibt nur auf der einen Seite zu, daß der Agent einen Erpressungsversuch inspiriert habe, teilt auch mit, daß gegen den Offizier, der sich beim Advokaten fälschlich Smertnik nannte, die Erhebungen gleichfalls abgeschlossen seien, doch wird wohlweislich der richtige Name dieses weißen Offiziers und seine militärische Zuteilung verschwiegen.

Litauen.

Ein Palästinadepartement in Kowno.

(J. C. B.) Der jüdische Nationalrat für Litauen beschlossen in seiner letzten Sitzung die Schaffung eines besonderen Palästinadepartements zur Ueberwachung der Auswanderung nach Palästina.

Konferenz der Rabbiner.

(J. C. B.) In Anwesenheit von 100 Teilnehmern wurde in Kowno die Konferenz der litauischen Rabbiner eröffnet. Der Vizeminister für Inneres begrüßte die Konferenz namens der Regierung. Vor Beginn der Beratungen wurde beschlossen ein Anerkennungstelegramm an Sir Herbert Samuel abzusenden.

Reise Jabotinskys nach Litauen.

Früher galt die Unterbringung des Museums am alten Markt als Provisorium; bei den heutigen Verhältnissen dürfte das Pro-

Landforderungen der jüdischen Soldaten.

J. C. B. — Die jüdischen Soldaten, welche früher der litauischen Armee angehörten, haben sich an den Präsidenten des litauischen Sejm mit der Forderung gewendet, auch ihnen die Landanteile von etwa 20 Dessjatinen zuzuweisen, welche den ehemaligen Soldaten für Siedlungszwecke versprochen wurden. Sie erklären, daß es ungerecht wäre, auf sie die Bestimmung anzuwenden, daß Land nur denen zugewiesen werden könne, die früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren und auf diesem Gebiete Arbeitserfahrung besitzen! denn unter dem zaristischen Regime seien die Juden absichtlich von der Beschäftigung mit der Landwirtschaft ferngehalten worden.

Rußland.

Wrangels Vater sucht bei Juden Hilfe.

(J. C. B.) Baron Alexander Wrangel, der Vater des Generals Wrangel, besuchte neulich den Stellvertreter des Chief Rabbi von Konstantinopel und bat um seine Unterstützung für die Organisierung der Hilfe zugunsten der russischen Flüchtlinge in Konstantinopel. Der Stellvertreter wandte sich darauf hin an einige jüdische Damen, die auch bedeutende Spenden für die Flüchtlinge einsammelten. Als eine Anzahl russischer Offiziere ihn dann besuchte, um ihm zu danken, sagte der stellvertretende Rabbiner: „Salomon riet uns Schlechtes mit Gutem zu bezahlen. Ich hoffe, daß wenn Sie nach Rußland zurückkehren, Sie trachten werden, daß weniger Pogrome vorkommen sollen“.

Keine allgemeine jüdische Hilfsarbeit in Sowjetrußland.

Zufolge ganz zuverlässigen Mitteilungen geschieht die Verteilung der nach Sowjetrußland für die verarmten jüdischen Massen geschickten Hilfsgelder Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände nach absoluten engherzigen kommunistischen Parteiinteressen. Die notleidenden jüdischen Massen haben davon die geringsten Vorteile. Es wird auch öffentlich zugegeben, daß außer den jüdischen Kommunisten keine andere jüdische Institution in die Verteilungsorganisation Zutritt hat. Dieses kommunistische Komitee erhält sämtliche amerikanisch-jüdischen Hilfsmittel und verteilt sie nach eigenem Gutdünken, ohne jegliche Rechenschaftspflicht und auch ohne jede öffentliche Kontrolle. (Diese Uebelstände scheinen durch die Vertrauensseligkeit der nach Rußland gesandten Joint-Delegierten verursacht zu sein, welche ein diesbezügliches Abkommen mit den Sowjetbehörden getroffen haben.)

Frankreich.

Die Arbeit der jüdischen Welthilfszentrale.

(J. C. B.) Der Aufruf der Exekutive der jüdischen Welthilfskonferenz hat bereits die ersten Erfolge zu verzeichnen. Das jüdische Hilfskomitee in Madrid hat für die jüdischen Heimlosen aus der Ukraine in Beßarabien 30.000 Franken gespendet. Der Vorsitzende des skandinavischen Hilfskomitees, Prof. Simonsen, hat gleichfalls größere Beträge in Aussicht gestellt. In Rom hat sich ein Hilfskomitee für ostjüdische Pogromopfer gebildet, welches sich mit der Exekutive in Paris in Verbindung gesetzt hat.

England.

Englische Juden gegen den Antisemitismus.

Das Joint Foreign Committee des Jewish Board of Depution und der Anglo-Jewish Association erhielt verläßliche Nachrichten aus Lettland über das antisemitische Vorgehen der lettischen Behörden im Zusammenhang mit der Rückwanderung der während des Krieges nach Rußland deportierten lettischen Juden, die von den lettischen Behörden nicht ins Land zurückgelassen werden.

Das Joint Foreign Committee beschloß daher, die lettische Gesandtschaft in London darauf aufmerksam zu machen, daß ein derartiges Vorgehen der lettischen Behörden den Juden gegenüber dem Wunsch Lettlands um Zulassung zum Völkerbund präjudiziere. Falls diese Vorstellungen keinen Erfolg haben sollten, werde man sich an das englische Außenministerium wenden.

Das „Lodzer Tagblatt“ berichtet hiezu: Bekanntlich hat die russische Regierung im Jahre 1915 alle Juden aus Lettland vertrieben und sie in zentralrussische Gouvernements und nach der Ukraine verschickt. Als nun der Friede zwischen Lettland und Sowjetrußland geschlossen wurde, wobei zwischen beiden Regierungen die Vereinbarung zustande kam, daß alle verschickten und evakuierten lettischen Bürger von der Sowjetregeirung nach Lettland überstellt werden sollen, wenn sie es wünschen, bildeten sich in verschiedenen russischen Städten Transporte jüdischer Bürger aus Lettland, welche in ihre Heimat zurückkehren wollten.

Noch im August 1920 reisten 300 lettische Juden aus Pensa ab. Als sie zur lettischen Grenze kamen, empfing man sie mit den Rufen: „Verräter! Kommunisten! Geht zu eurem Trotzky!“ und gestattete ihnen nicht, die Grenze zu überschreiten. Sie mußten nach Rußland zurück. Dreimal versuchten die Unglücklichen, unter denen sich auch Greise und Kinder befanden, nach Lettland zu kommen und jedesmal mußten sie umkehren. Schließlich wurde nur ein kleiner Teil von ihnen nach Lettland hineingelassen; die übrigen irren in Rußland umher, aller Mittel entblößt, ohne Arbeit und ohne Heimat. Zu bemerken ist, daß alle diese Flüchtlinge Dokumente besitzen, welche ihre lettische Staatsbürgerschaft dartun.

Ebenso erging es Transporten, welche im September und Oktober an die lettische Grenze kamen. Das jüdische Zentralhilfskomitee in Moskau wandte sich an den lettischen Vertreter in Moskau mit der Anfrage nach den Gründen einer so unmenschlichen Behandlung lettischer Juden und erhielt die Antwort, die lettische Regierung müsse vor allem feststellen, warum die Juden seinerzeit verschickt wurden. Uebrigens hatte die lettische Regierung ein Interesse daran, daß vor allem die christlichen

Bürger Lettlands aus Rußland zurückkehren und nicht die jüdischen.

Englische Stimmen gegen ein „Mandatsdepartement".

(J. K.-B.) Das Projekt, die Kontrolle über die palästinensischen und mesopotamischen Angelegenheiten dem Kolonialamt zu übertragen und ein spezielles „Departement für den mittleren Osten" oder ein „Mandatsdepartement" zu schaffen, rief in manchen politischen Kreisen starke Opposition hervor. Die „Times" weisen in einem Leitartikel auf die Ueberflüssigkeit eines solchen Departements hin und behaupten, es sei nicht notwendig, Palästina unter die Fittiche eines neuen Departements zu stellen, wenn es auf eigenen Füßen stehen soll.

Amerika.

Die Einwanderungsbill vor dem amerikanischen Senate.

(J. C. B.) Das vom Repräsentantenhaus angenommene Gesetz betreffend das Einwanderungsverbot für die Dauer eines Jahres ist nunmehr in den Senat eingebracht worden, welcher die Beratungen darüber bereits begonnen hat.

Eine bei den Senatsmitgliedern veranstaltete Rundfrage ergab, daß 30 Senatoren für das Verbot und 12 dagegen stimmen werden. 33 Senatoren enthielten sich der Meinungsäußerung mit dem Begründen, daß sie noch nicht in der Lage seien, ihre Stellung zum Gesetze festzulegen. Es wird allgemein bezweifelt, ob der Senat die Einwanderungsbill in ihrer bisherigen Fassung genehmigen wird.

Ueberdies wird erwartet, daß selbst bei Annahme des Gesetzes, darin eine Bestimmung aufgenommen werden wird, wonach es auf Juden und Irländer, als politischen Verfolgungen ausgesetzt, keine Anwendung finden wird. Senator France hat erst am 13. d. M. einer Abordnung versichert, daß er selbst diese Ausbesserung vorschlagen wird, sobald er den Eindruck gewinnt, daß sich im Senat eine Mehrheit für die Einwanderungsbill befindet.

Erez Israel.

Politisches.

Oberkommissär Samuel und der „arabische Kongreß".

Auf das Memorandum, welches dem Oberkommissar von Palästina von seiten des sogenannten „arabischen Kongresses" in Haifa überreicht wurde, übersandte der Zivilsekretär des Oberkommissars folgende Mitteilung an Moussa Kazam Pascha el Husseini: „Ich bin von seiner Hoheit dem Oberkommissar beauftragt, den Erhalt Ihres Memorandums vom 18. Dezember zu bestätigen. Seine Hoheit der Oberkommissar nimmt davon Notiz, daß das Memorandum im Anfang versichert, daß der Kongreß die gesetzliche Vertretung aller Klassen und Gemeinden der arabischen Bevölkerung Palästinas darstellte. Die Regierung ist jedoch im Besitz einer gegenteiligen Information, wonach die Mitglieder des Kongresses von kleinen Gruppen gewählt wurden und keineswegs Vertreter der Bevölkerung sind. Bevor daher die gefaßten Beschlüsse in Erwägung gezogen werden können, wäre Seine Exzellenz verbunden, wenn man ihm mitteilte, 1. von welchen Gesellschaften die Delegierten ernannt wurden, und 2. welche Anzahl von Mitgliedern einer jeden Gesellschaft an der Wahl der Delegierten teilgenommen haben. Ich verbleibe hochachtungsvoll (gez.) W. H. Deedes, Zivilsekretär." Auf dem Kongreß, der am 13. Dezember in Haifa stattgefunden hat, waren 25 arabische Herren zugegen gewesen. (Z. K.)

Die jüdische Flagge.

Mit einem der letzten Schiffe trafen in Haifa 60 wohlhabende Zionisten aus Batum ein. Bei der Landung des französischen Schiffes hißte dieses die jüdische (bleu-weiße) Flagge. (Z. K.)

Keine Kundgebung gegen die Zionisten in Palästina.

Verschiedene deutsche Zeitungen, so daß „Meißener Tagblatt" und das „Deutsche Volksblatt" meldeten, daß in palästinensischen Städten Ausschreitungen gegen die Zionisten stattgefunden hätten. In Jaffa seien die Einwandererbaracken gestürmt und die Ostjuden vertrieben worden. Als Quelle dieser Meldung wird „Daily Chronicle" angegeben. Demgegenüber ist festzustellen, daß „Daily Chronicle" eine solche Meldung nicht gebracht hat, und daß Ausschreitungen dieser Art nicht stattgefunden haben. (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Direkte Verbindung zwischen Amerika und Palästina.

(J. C. B.) Es verlautet, daß das Dampfschiff „Kadimah", das der „Palästina Handels- und Navigationsgesellschaft in New York gehört, am 25. Jänner nach Palästina abgedampft ist. Die „Kadimah" wird unter der jüdischen Flagge fahren und Lebensmittel für die palästinensische Bevölkerung führen.

Eine englische Baumaterialiengesellschaft.

(J. C. B.) Auf Initiative des „Haboneh" wurde in London eine Palestine Building Material Corporation mit einem eingezahlten Kapital von 50.000 Pfund begründet. Die Gesellschaft wird die palästinensische Häuserbaugesellschaft „Haboneh" mit Lieferungen von allerhand Baumaterialien versehen. Die Hauptteilhaber sind Mr. Silman aus Leeds, Mr. S. Cohen, London und Mr. P. Cohen aus Manchester. Letzterer begibt sich in Kürze nach Palästina, um die Tätigkeit zu beginnen.

Kulturelles.

Wanderunterricht bei den palästinensischen Beduinen.

Der palästinensische Staatsrat (Advisory Council), der zu seiner dritten Sitzung zusammentrat, stimmte dem Vorschlage der Regierung zu, Reiselehrer nach dem Ostjordanlande zu entsenden zum Zwecke der Unterrichtung der Kinder der dort lebenden Beduinenstämme. (Z. K.)

Die ersten Institute der Universität Jerusalem.

Die ersten Institute der Universität Jerusalem sollen im Herbste des Jahres 1922 eröffnet werden. Es handelt sich zunächst um Forschungsinstitute für Physik, Chemie und Mikrobiologie, ferner um ein Institut für hebräische Sprachwissenschaft und um eine Abteilung für jüdische Wissenschaften im weiteren Sinne. Die weitere Errichtung von Forschungsinstituten und der Ausbau zu Lehrinstituten soll in der Folgezeit nach und nach erfolgen. Die Eröffnung des Technikums in Haifa ist für den Herbst 1921 ins Auge gefaßt. (Z. K.)

Die Besiedlung.

Pflanzungsgesellschaften.

Die Bildung von Pflanzungsgesellschaften für Obst- und Waldbäume ist eine dringende Notwendigkeit. Täglich laufen Anfragen von reichen Leuten ein, welche in Palästina ein ruhiges, ländliches Leben zu führen wünschen. Für alle diese Leute kommt allein die Erwerbung von Pflanzungen in Frage. Es sind jedoch nur in Ausnahmefällen Pflanzungen in Palästina verfügbar. Jedem Juden, der dort eine Pflanzung zu erwerben wünscht, sollte dazu Gelegenheit gegeben werden. Eine große Pflanzungsgesellschaft müßte die Pflanzungen anlegen, und, sobald sie anfangen Früchte zu tragen, sollte sie einzelnen Leuten oder Personengruppen zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Gesellschaft müßte schätzungsweise ein Kapital von wenigstens 500.000 ägypt. Pfund besitzen. Mit diesem Kapital könnte sie 30000 bis 40000 Dunam erwerben und das Land mit Mandeln, Ölbäumen Weinreben und Eukalyptus bepflanzen. Mit den aus dem Verkauf dieser Pflanzungen erzielten Beträgen könnten neue bepflanzt werden. Die Gesellschaft brauchte nicht immer für eigene Rechnung zu arbeiten; sie könnte Aufträge übernehmen und Pflanzungen im Auftrag und auf Kosten von privater Seite anlegen.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden jeden Dienstag von 1/26—1/27 Uhr abds. im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüdischen Volksschule statt. Das Publikum wird eingeladen, die Bibliothek eifrig zu benützen.

*

Aus der Theaterkanzlei.

Heute Montag, den 31. Jänner gelangt die große romantische Oper „Tannhäuser" von Richard Wagner im Stammsitz B zur Wiederholung.

Dienstag, den 1. Februar findet die Erstaufführung des Schauspieles „Henriette Jakoby" (Jettchen Gebert, II. Teil) von Georg Hermann in Folge 5 blau statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Helene Brandt-Schüle, Eleonore Murhammer, Lonny Rolph, Mizzi Schneider, die Herren Egon Engelmann, Otto Mazel, Eduard Pötter, Hugo Schneider, Reinhold Weiglin. Spielleitung Direktor Theodor Brandt.

Mittwoch, den 2. Februar findet keine Nachmittagsvorstellung statt.

Abends halb 8 Uhr wird die Oper „Rigoletto" von Verdi außer Dauer- und Stammsitz aufgeführt.

Donnerstag, den 3. Februar erste Wiederholung des Schauspiels „Henriette Jakoby" (Jettchen Gebert, II. Teil) von Georg Hermann (Folge 4 braun). Die Dauermieter werden aufmerksam gemacht, daß die Erstaufführung des Schauspieles „Henriette Jakoby" am Dienstag, den 1. Februar in Folge 5 blau stattfindet, während die zweite Aufführung von „Henriette Jakoby" am Donnerstag, den 3. Jänner in Folge 4 braun in Szene geht.

Freitag, den 4. Februar „Der Obersteiger" in Folge 1 rot.

Samstag, den 5. Februar Erstaufführung „Was ihr wollt" in Folge 2 gelb.

Sonntag, den 6. Februar 3 Uhr nachmittags „Die blaue Mazur" (Außer Dauer- und Stammsitz). — Abends halb 8 Uhr „Tannhäuser" (außer Dauer- und Stammsitz).

Jüdischer Sport

Sportklub „Makabi". Dienstag, den 2. Februar 1921, um 1/29 Uhr abends, im Straßmannschen Bräuhaussaale Spielerversammlung sämtlicher Sektionen. Mannschaftsaufstellung, Kapitänwahl, Schiedsrichtervortrag des Herrn Weltner, Anmeldungen zum Schiedsrichterkurse. Zuverlässiges Erscheinen sämtlicher ausübenden Mitglieder Ehrenpflicht.

Proßnitz.

Bei der am 3. d. M. stattgehabten Generalversammlung des jüdischen Sportklubs „Makabi" wurden folgende Herren in den Ausschuß gewählt:

1. Obmann: Moritz Hönig. 2. Obmann: Dr. Max Platschek. 1. Schriftführer: Alfred Drucker. 2. Schriftführer: Ludwig Schnabel. 1. Kassier: Arnold Salzer. 2. Kassier Josef Grabscheid. Platz-Ballwart: Markus Perschak. Pressereferent: Dr. Robert Sonnenmark. Revisoren: Ing. Artur Steckelmacher und Bruno Grünhut. Beisitzer: Ludwig Grünhut, Josef Holz, Fritz Sborowitz und Josef Kobler. Sektionsleiter: Otto Platzer. Trainer: Oskar Fischer-Lustig.

Die Fußball- und Wurfballmannschaft wird in der nächsten Zeit mit dem Training beginnen und steht Makabi zwecks Abschlusses von Wettspielen mit erstklassigen Klubs in Verhandlungen.

Der Makabi beabsichtigt, auf seinem Sportplatze einen Tennisplatz anzulegen.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis Nr. 3

vom 15. bis 23. Dezember 1921.

Allgemeine Spenden.

Klein-Kuntschitz: Ueberzahlung K 1.—
Karwin: Mor. Wohlgemuth, Thoraspende K 30.—
Mähr.-Ostrau: Durch Marta Berger aus einer Kartenpartie 370, d. Kien: 25, d. Prof. Rosenzweig: Chacharitas 50, Sammelbogen Adolf Tramer 150, zusam. K 595.—
Pohrlitz: Thorasp.: Moritz Spitz 50, Heinr. Fischl 10, Wilh. Adler 5, Dr. R. Ferda 2 K 67.—
Trzynietz: Em. Meßner 32, Adolf Schanzer, Gebr. Eisner je 30, Josef Zollmann 10, Erich Blumenfeld 15, S. Windholz, Sam. Zollmann, Sim. Herschlowitz, Kögler, Gronner Wendrin je 5 K, zusammen K 142.—
Wolframs: Josef u. Anni Spitzer gratulieren Fam. Alfred Sommer, Iglau anl. d. freudigen Ereignisses K 20, durch „Jüdisches Volksblatt" K 20, zusammen K 40.—
Znaim: Tanzkränzchenerlös K 57.10

Summe der allg. Spenden K 932.—

Oelbaumspenden.

Leipnik: Dr. W. Rosenzweig und Frau anl. Geburtstag ihres verstorbenen Sohnes a. N. Ing. Fritz Rosenzweig im Fritz Rosenzweiggarten 2 B. K 60.—
Mähr.-Ostrau: Dr. Rufeisengarten: B. Gutter 2 B. anl. Jahrzeit a. N. s. sel. Mutter Marie Gutter K 30. Erwin Preißgarten: Hochzeit Lerchenfeld-Heller 39 B. = 590 K. Dr. Alois Hilfgarten: Hochzeit Hilf-Dr. Alt 60 B. = K 900, zusammen K 1520.—
Přivoz: Aug. Ocadlik im Jos. Freigarten 3 B. K 75.—
Wolframs: Richard, Josef, Benno Spitzer stiften anl. Jahrzeit Emma Spitzer 10 B. im Emma Spitzergarten K 300, Berta u. Lilly Spitzer aus demselben Anlasse je 1 B. K 60, zusammen K 260.—
Zwittau: Zwittauer Garten: N. N. Seelenlichtablösung a. N. Ludwig Haas, Else Schreiber, Marie Siebenschein je 1 B., Josef Engel anl. Geburt s. Tochter Lotte 1 B., Emil Pollatschek 80, Wolfram Hammer 30 K, David Zwicker 50, Hermann u. Nathan Zwicker, M. Pollak je 20 K, zusammen 18 B. K 280.—

Summe der Oelbaumspenden K 2295.—

Goldenes Buch.

Pohrlitz: Spende einer Dilettantenbühne 50, Reinertrag einer Chanukafeier 114.60, zusammen K 164.60

Selbstbesteuerung.

Pohrlitz: Julius Hüttner K 10.—

Sammelbüchsen.

Klein-Kuntschitz: Willi Huppert 42, J. Teichner 12, zusammen K 54.—
M.-Ostrau: Spezifikation folgt K 930.—
Trzynietz: Büchsen, Spezif. folgt K 358.20
Wolframs: Josef Spitzer K 127.—
Znaim: Helene Wellisch 66.40, Stefanie Pick 50, Gabriel Katz 45, Emil Fischer 26, Olga Rattinger 30, Grete Wertheimer 31, Hilde Metzl 25, G. Benesch 10, Lilli Reich 13.20, Emil Wessely 13, Olga Goldstein 11, Paul Handgriff 11, A. Zweigenthal 5, div. unter 5 K, zusammen K 328.68

Summe K 1797.88

Ausweis Nr. 3 K 5.199.58
Zuletzt ausgewiesen K 6.738.38
Gesamtsumme bis 23. Jänner K 11.937.96
Materialien: Klein-Kuntschitz 8 Znaim 50, zusammen K 58.—

*

Berichtigung: In der Jahresstatistik ist uns ein unliebsamer Fehler unterlaufen, den wir hiemit richtig stellen. Und zwar kommt Troppau nicht an fünfter, sondern an dritter Stelle zu stellen, es hat nicht nur sein Kontingent weit überschritten, sondern außerdem Aktien im Werte von 6401 Kronen dem J. N. F. zur Verfügung gestellt. Wir können nur immer wieder Troppau als Muster allen denjenigen Ortsgruppen vorhalten, in denen weit mehr, als bisher, geleistet werden könnte. Die für Ostschlesien zugeführten Spenden in fremder Valuta sind aus Teschen eingegangen.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oberfurt.